



Leitartikel

von Martyna Czarnowska

EU in der Statistenrolle

Was fehlte, fiel auf. Zumindest denen, die dachten, die Ereignisse in Weißrussland hätten etwas mit einer potenziellen EU-Annäherung zu tun, mit einer Entscheidung zwischen Ost und West, wie es in der Ukraine vor sechs Jahren der Fall war. Doch auf den Plätzen und Straßen in Belarus sind keine blauen Unionsfahnen zu sehen. Den protestierenden Menschen geht es nicht um eine Anbindung an die EU, sondern um die Möglichkeit, ihre politischen Vertreter frei

wählen und den eigenen Staat, die Gesellschaft, in der sie leben, mitverändern zu dürfen. Daher wird es auch keine große Rolle spielen, wenn die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Videogipfel am heutigen Mittwoch über zusätzliche Sanktionen gegen Belarus beraten. Strafmaßnahmen wie Einreise- und Kontosperrungen für Personen, denen die Fälschung der Präsidentenwahl vorgeworfen wird, sind bereits eingeleitet, weiter gehende würden weder Machthaber Alexander Lukaschenko beeindrucken noch der Zivilgesellschaft nutzen. Davor warnen schon weißrussische Oppositionelle. Das war vor gut vier Jahren anders. Damals kritisierten Menschenrechtler den Beschluss der EU-Länder, die Sanktionen gegen 170 Weißrussen, inklusive Lukaschenko, aufzuheben. Lediglich ein Waffenembargo und Maßnahmen gegen vier Personen blieben bestehen. Österreich war dann übrigens das erste Land, in

Der Beschluss von Sanktionen wird kein großes Gewicht haben.

dem Lukaschenko empfangen wurde. Es ist zweitgrößter Investor in Belarus.

Vielfältige wirtschaftliche Verflechtungen sind denn auch mit ein Grund, dass Wien generell kein großer Freund von Sanktionen ist. Andere Länder hingegen drängen auf eine schärfere

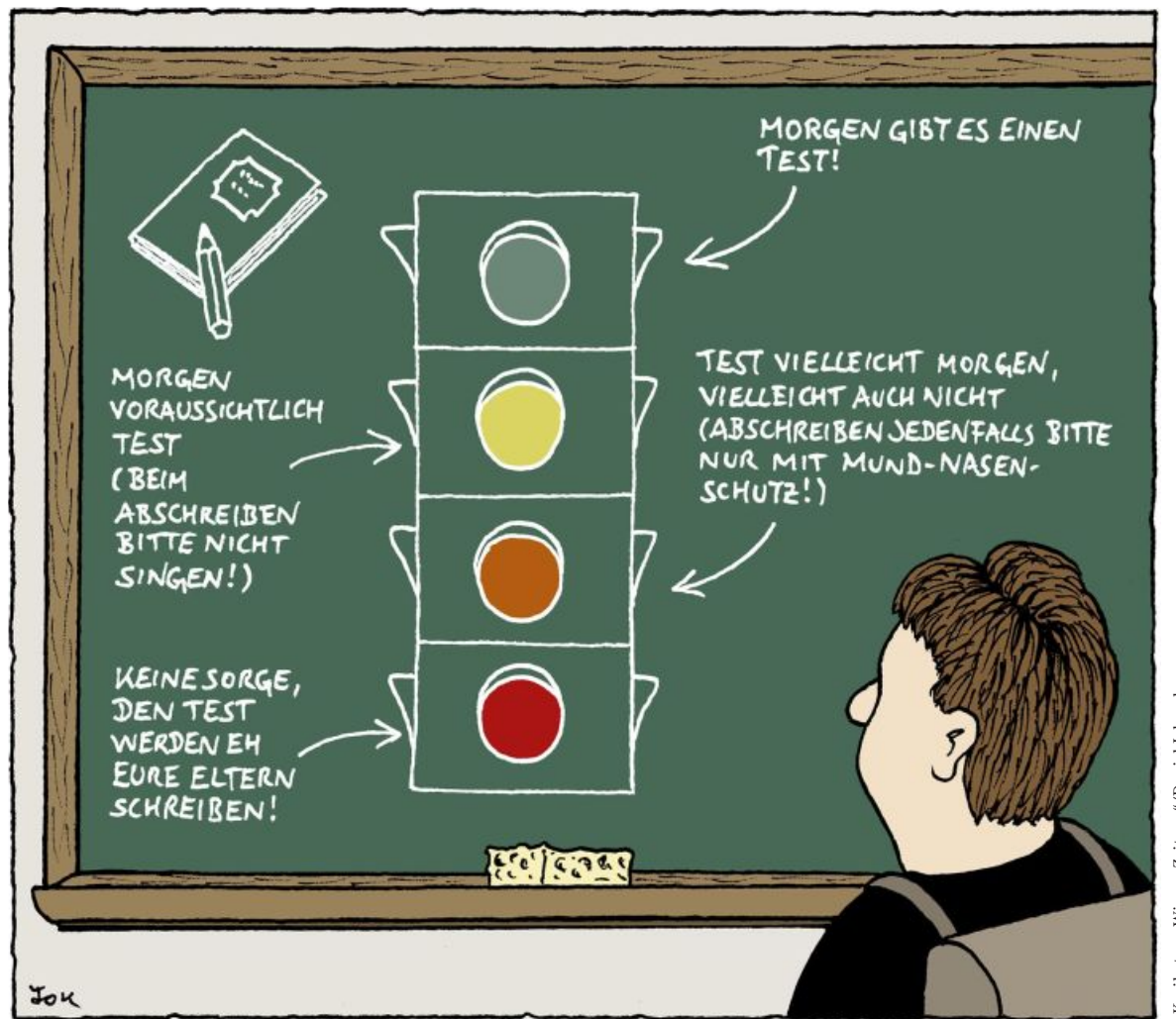
Gangart. Die an Weißrussland angrenzenden EU-Mitglieder Polen, Litauen und Lettland wünschen sich damit ebenfalls ein Signal an Russland, dessen Eingreifen sie

befürchten. Andere meinen, dass eine russische Intervention gerade durch eine harsche Reaktion provoziert werden könnte. Dennoch scheint es sich die EU schuldig zu sein, auf Wahlfälschung, die Verletzung von Versammlungsfreiheit, die Festnahme Oppositioneller und Protestierender zu antworten. Es sei „nicht akzeptabel“, was in Belarus geschehe, schrieb EU-Ratspräsident Charles Michel in seinem Einladungsbrief an die Gipfelteilnehmer.

Doch selbst wenn die EU härtere Strafmaßnahmen gegen den weißrussischen Machtapparat beschließen würde, wäre es Heuchelei, sich als konsequente Verteidigerin der Menschenrechte darzustellen. Diese werden nämlich auch in der Türkei immer wieder verletzt, die aber wesentlich mächtiger ist als Belarus. Am selben Tag, als die EU-Außenminister die Sanktionen gegen Minsk eingeleitet haben, schreckten sie bei Ankara davor zurück.

leitartikel@wienerzeitung.at

Test-Ampel für den Herbst



Zitate zum Tag

„Wenn bei Routine-Untersuchungen auf Lebendtierrmärkten vermehrt (Corona-, Anm.) Infektionen gefunden werden, muss sofort die Bremse reingehauen werden, um die schnelle Verbreitung zu stoppen.“

Stephan Ludwig, Direktor des Instituts für Molekulare Virologie an der deutschen Uni Münster

„Diese Märkte gehören zum kulturellen Leben einer Nation. Wir können den Chinesen das schlecht vorschreiben. Tiere werden lebend verkauft, weil man zu wenig Konservierungsmöglichkeiten hat.“

Derselbe

„Da war Reichtum, da war Geld, Kreativität, Sex und Beauty mit

den Models, die ganze Power war vereint. Das gibt es heute nicht mehr.“

Modedesigner Philipp Plein vermisst frühere Topmodels in der Fashion-Welt

„Das, was es heute gibt, sind mehr Instagram-Models.“

Derselbe

„Die wird in Tunesien in den Hänger gehüpft sein.“

Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Unterfranken über eine Katze aus Tunesien, die an Bord eines verplombten Lkw-Anhängers nach Kahl am Main gereist ist

„Ja zu Covid. Wir haben beschlossen, die Dinge frontal anzugreifen. Sehr stolz auf die

Autoren von ‚This Is Us‘.“

Der Produzent der Serie, Dan Fogelman, will in der nächsten Staffel auch die Corona-Pandemie thematisieren

„Ich suche mir einfach immer wieder neue Hobbys, um beschäftigt und aktiv zu bleiben.“

Der blinde Jakob Bergmann liebt den Instrumentenbau

„Ich will mir nicht denken müssen, dass ich ein armer blinder Mensch bin.“

Derselbe

„Stolz auf dich.“

US-Präsident Donald Trump auf Twitter an Golfer Jim Herman nach dessen Sieg beim Wyndham Championship in North Carolina

Zusammenrücken im Angesicht der Bedrohung

Gastkommentar

von Claus Lamm

Der Autor ist Professor für Biologische Psychologie an der Universität Wien und Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW).

Die Corona-Krise stellt jede/n Einzelne/n von uns, aber auch unsere Gesellschaft insgesamt vor große Herausforderungen und Belastungen. Dabei ist es aus Sicht der Sozial- und Verhaltensforschung interessant zu beobachten, wie Menschen mit dieser Ausnahmesituation umgehen. Einerseits, um mehr über die konkreten Belastungen und Auswirkungen der verordneten Verhaltensmaßnahmen zu erfahren, andererseits aber auch, um etwas über ähnliche gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu lernen, wie die anhaltende Klimakatastrophe.

Krisen und Katastrophen bringen nicht nur egoistische Charakterzüge und Verhaltensweisen im Menschen hervor, sondern führen auch in wesentlich größerem Ausmaß zu etwas, das in der wissenschaftlichen Literatur als „Katastrophen-Mitgefühl“ umschrieben wird. Ein wesentlicher Grund für die Zunahme von Mitgefühl und prosozialem,

helfendem Verhalten ist, dass uns gemeinsam erlebte Bedrohungen näher zusammenrücken lassen. Ein anderer ist, dass Mitgefühl und prosoziales Verhalten nicht nur bei Personen, denen geholfen wird, sondern auch bei den

Helfenden förderliche Effekte haben kann. Dies ist durch die positiven Gefühle zu erklären, die helfendes Verhalten erzeugt, aber auch durch den Eindruck, durch konkrete und effektive Handlungen den Kontrollverlust, der mit einer Krise verbunden ist, zumindest subjektiv zu reduzieren.

In der Corona-Krise zeigt sich, dass die Betonung prosozialer Aspekte, also etwa seine Mitmenschen vor Ansteckung zu schüt-

zen, zu einer wesentlich besseren Einhaltung der Verhaltensbeschränkungen führte als die Betonung egoistischer Aspekte (also etwa sich selbst vor einer Ansteckung zu schützen).

Solche wissenschaftlich belegten Erkenntnisse sind von besonderer Relevanz, da es sich bei der Corona- und der Klimakrise um komplexe soziale Dilemmata handelt. Das sind Situationen, in denen der

kollektive den individuellen Nutzen übersteigt, und von denen zudem bestimmte Gruppen unterschiedlich stark profitieren. So ordnen wir uns in der Corona-Krise Einschränkungen unter, die für viele von uns primär den Schutz anderer, verletzlicherer Personen zum Ziel haben – und

zwar auf Kosten der eigenen Freiheiten und Präferenzen. In der Klimakatastrophe finden wir eine ähnliche Situation vor, wobei hier die zeitliche Dimension hinzukommt. Wir müssen unser Konsumverhalten nachhaltiger gestalten, um die Generationen nach uns zu schützen. Neben allen negativen Auswirkungen bietet daher die Corona-Krise die Chance, dass jede/r von uns individuell zur Lösung komplexer kollektiver Probleme beitragen kann. Diese Erfahrung gilt es auch im Kampf gegen die menschengemachte Klimakatastrophe zu nutzen. Hier genügt es ebenfalls nicht, wenn lediglich einige wenige sich an Verhaltensregeln zur Reduktion der Erderwärmung halten, sondern wir alle müssen unseren jeweiligen ökologischen Fußabdruck reduzieren. Die typisch menschlichen Eigenschaften Mitgefühl, Solidarität und die Fähigkeit, miteinander zu kooperieren, sind dabei Trumpfkarten.